

**R e d e**

**des Staatssekretärs  
im Bayerischen Staatsministerium  
für Wirtschaft, Verkehr und Technologie**

**H a n s   S p i t z n e r**

**anläßlich**

**der Auftaktveranstaltung**

**Regionalisierung des Umweltpakts Bayern  
im Regierungsbezirk Oberpfalz**

**am 15. November 2001**

**in Amberg**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

## **Gliederung:**

- I. Erfolgsgeschichte Umweltpakt Bayern**
- II. Ökologie und Ökonomie beachten**
- III. Bayern fördert freiwillige Umweltleistungen**
- IV. Regionalisierung des Umweltpakts**
- V. Umweltpakt in der Oberpfalz mit Leben erfüllen**

## **Einzelanreden:**

- Herr Regierungspräsident Dr. Weidinger
- Herr Vizepräsident Dr. Ehrnsperger (IHK Regensburg)
- Herr Präsident Stark (HWK Niederbayern-Oberpfalz)
- Herr Vorstandsvorsitzender Sennebogen (vbw Bezirksgruppe Niederbayern-Oberpfalz)
- Herr Präsident Prof. Behr (FH Amberg-Weiden). Dank für Bereitstellung der Räume.

## **I. Erfolgsgeschichte Umweltpakt Bayern**

- Umweltpakt Bayern ist weit über Bayern hinaus zum Modell eines kooperativen Umweltschutzes geworden. Er ist Vorbild für ähnliche Vereinbarungen in anderen Ländern, z.B. Hessen, Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen.
- Abschlußbilanz des ersten Umweltpakts von 1995 belegt, daß vereinbarte Leistungen fast vollständig erbracht wurden, zum Teil weit übererfüllt:
  - über 1.300 Unternehmen am Umweltpakt beteiligt;
  - über 3.500 Umweltberatungen für kleinere und mittlere Unternehmen;
  - über 600 bayerische Standorte gem. den Vorgaben der EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS) registriert, 56 davon in der Oberpfalz. Bayern ist damit europaweit führende Region.

- Unterzeichnung des **Umweltpakts II „Nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert“** am 23. Oktober 2000 war ein weiterer großer Schritt in Kooperation von Staat und Wirtschaft.  
Alle wesentlichen umweltrelevanten Fragestellungen in elf Themenbereichen erfaßt.  
Gemeinsame Zielsetzungen und gemeinsame Umsetzungsmaßnahmen vereinbart und wo möglich quantifiziert.  
Ein Jahr nach seiner Unterzeichnung schon knapp 1.500 Betriebe als Teilnehmer und damit schon heute größere Teilnehmerzahl als bei **Umweltpakt I**.

## **II. Ökologie und Ökonomie beachten**

- Leitgedanke des Umweltpakts ist, sowohl den ökologischen als auch den ökonomischen Belangen gerecht zu werden.  
Durch Erfahrungen als Staatssekretär im StMLU und im StMWVT mit den Anliegen und Sorgen beider Seiten gut vertraut.
- Umweltpolitik ist auch Standortpolitik.  
Die hohen ordnungsrechtlichen Vorgaben in Deutschland seit Anfang der 70er Jahre haben ohne Zweifel die Umwelt entlastet, aber zu Milliardenaufwendungen bei den Unternehmen geführt.  
Wegen zunehmendem internationalen Wettbewerbsdruck heute kein Spielraum mehr für nationale Alleingänge.

- Ordnungsrecht wird weiter verschärft werden, wobei zunehmend auf EU-Ebene der Takt vorgegeben wird. Hohe Anforderungen z.B. in der
  - EU-Luftreinhalt Richtlinie
  - EU-Wasserrahmenrichtlinieund ihren Tochterrichtlinien, die nur mit großen Anstrengungen eingehalten werden können. Richtlinien müssen 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden. Bayern lehnt noch strengere Grenzwerte für deutsche Unternehmen ab.
  
- Durch die hohen ordnungsrechtlichen Anforderungen und den scharfen internationalen Wettbewerbsdruck sind auch Spielräume für freiwillige und zusätzliche Umweltschutzleistungen der Unternehmen enger geworden. Unternehmen, die hierzu dennoch bereit sind, unterstützt die Staatsregierung durch verschiedene Maßnahmen.

### **III. Bayern fördert freiwillige Umweltleistungen**

- Aus dem Bayerischen Umweltberatungs- und Auditprogramm können Unternehmen mit bis zu 6.000 DM gefördert werden, die ein Umweltmanagementsystem nach EMAS (EG-Öko-Audit-Verordnung) oder dem Qualitätsverbund umweltbewußter Handwerksbetrieb (QuH) aufbauen.

- Bayern hat schon in vergangenen Jahren für EMAS-Betriebe Erleichterungen im Umweltrechts-Vollzug geschaffen.

Wir wollen hier noch mehr tun, müssen aber die begrenzten Spielräume in den Bundesgesetzen beachten.

Bei den Bundesrats-Beratungen zur Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien hat Bayern Ende letzten Jahres 31 Anträge eingebracht, um im Bundes-Immissionsschutzgesetz und im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz weitgehende Erleichterungen für EMAS-Betriebe festzulegen.

Die Bundesregierung hat hiervon aber nichts aufgegriffen.

Die jetzt von ihr in den Bundesrat eingebrachten Vorschläge in der sog. Privilegierungsverordnung gehen nicht über die im Vollzug bereits übliche Praxis hinaus und stellen somit keinen zusätzlichen Anreiz dar.

- Seit dem 1. September 2001 in Bayern 30 % Gebührenermäßigung in immissionsschutzrechtlichen Verfahren für alle EMAS-registrierten Unternehmen. Damit spürbare finanzielle Entlastung. Bei Investitionskosten von 5 Mio. DM Reduzierung der Gebühren um 12.600 DM, bei 50 Mio. DM Investitionskosten Ersparnis von 67.800 DM. Hier hat Bayern erneut Führungsrolle übernommen. Großes Interesse aus anderen Ländern.

#### **IV. Regionalisierung des Umweltpakts**

- Umweltpakt soll in allen Regionen Bayerns verstärkt mit Leben erfüllt werden gem. dem Ansatz der Agenda 21 „Global denken und lokal handeln“.
- Wesentliches Instrument dazu sind die regionalen Arbeitsgruppen mit Vertretern der Bezirksregierungen und der Wirtschaft, die die Ziele und Inhalte des Umweltpakts an die Betriebe vor Ort herantragen müssen.  
Mit der heutigen Veranstaltung hat die Arbeitsgruppe ihre erste Bewährungsprobe erfolgreich bestanden.
- Im Anschluß Übergabe von Teilnehmerurkunden an neue „Umweltpakt Bayern – Betriebe“. Diese sollen Vorbilder für weitere Unternehmen in der Oberpfalz sein (bisher bereits 110 Teilnehmer aus der Oberpfalz).  
Presse kann Leistung für die Umwelt erbringen, wenn sie das Engagement der Betriebe auch gebührend darstellt und zum Nachahmen auffordert.

#### **V. Umweltpakt in der Oberpfalz mit Leben erfüllen**

- Dank an alle, die heutige Auftaktveranstaltung zur Regionalisierung des Umweltpakts in Bayern vorbereitet haben.
- Appell an alle Teilnehmer, den Umweltpakt in der Oberpfalz mit Leben zu erfüllen.

Durch regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch zwischen Behörden und Wirtschaft können manche Probleme kooperativ gelöst werden.

- Ziel ist, miteinander die Umwelt und den Standort Oberpfalz zu stärken.